



Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts- und  
steuerberatende Berufe



10. März 1987  
7. Jahrgang, S. 26-43  
ISSN 0177-1868

3

Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	26, 41
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	27
– Fehlerhaftes Testat	
– Schadenersatzanspruch der kreditgebenden Bank	
– Vorsätzlich sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Bank	
(BGH Urf.v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85)	
<b>Honorarklage</b>	35
– Vorzeitige Beendigung des Anwaltsvertrages	
– Kündigungsrecht gem. § 627 BGB	
– Vereinbarung eines Pauschalhonorars	
– Weiterführende Hinweise	
(BGH Urf.v. 16.10.1986 – III ZR 67/85 –)	

## GI Leitsätze

### Haftung des Konkursverwalters bei Betriebsfortführung

Führt der Konkursverwalter das Unternehmen des Gemeinschuldners entsprechend einem Beschluß der Gläubigerversammlung fort, so haftet er den Massegläubigern, zu deren Befriedigung die Masse nicht ausreicht, nur dann persönlich, wenn er im Laufe der Fortführung des Betriebes erkannt hat oder bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters hätte erkennen können und müssen, daß er die aus der Masse zu erfüllenden Verbindlichkeiten nicht werde tilgen können (Einschränkung von BGH, WM 1979, 942).

(BGH Urf. v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86 ZIP 87, 115)

### Versicherungsschutz

– Klagefrist von 6 Monaten gem. §12 Abs. 3 VVG

1. Auch ein Prozeßkostenhilfesuch kann die Frist des §12 Abs. 3 VVG wahren. Der VN muß dann aber alles ihm Zumutbare tun, damit die Zustellung der Klage „demnächst“ i. S. von § 270 Abs. 3 ZPO erfolgen kann.
2. Sind die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag mit Wissen des Versicherten abgetreten, so müssen Ablehnung und Fristsetzung gegenüber dem Zessionar erfolgen.

(BGH Urf. v. 1.10.1986 – IV a ZR 108/85, VersR 1987, 39).

### Anmerkung:

Ein am letzten Tag vor Ablauf der Ausschlußfrist des §12 Abs. 3 eingereichtes Prozeßkostenhilfesuch wirkt fristwährend. Voraussetzung: Es wird alles getan, um Verzögerungen zu vermeiden. Wird vom LG das Prozeßkostenhilfesuch abgelehnt, so ist die **Beschwerdeschrift spätestens 14 Tage nach Zugang des Ablehnungsbeschlusses** einzureichen. Wird aufgrund der Beschwerde Prozeßkostenhilfe bewilligt und war bisher lediglich ein Klageentwurf eingereicht, so muß der Versicherungsnehmer **innerhalb einer Woche** klarstellen, daß der Klageentwurf nunmehr als endgültige Klageschrift anzusehen und unverzüglich zuzustellen ist.

Der Versicherer hat die Erklärung über die Ablehnung des Versicherungsschutzes und die Erklärung der Ausschlußfrist von 6 Monaten gem. §12 Abs. 3 VVG demjenigen gegenüber zu erklären, der die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag erheben kann. Sind die Versicherungsansprüche an eine Bank, Gläubiger etc. wirksam abgetreten, so muß die Ablehnungserklärung diesen gegenüber erfolgen.

## Haftung des Steuerberaters

- Fehlerhaftes Testat
  - Schadenersatzanspruch der kreditgebenden Bank
  - Vorsätzlich sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB
  - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Bank
- (BGH Urt. v. 26.11.1986 – IV a ZR 86/85)

### Leitsatz:

Zur Sorgfaltspflicht eines steuerlichen Beraters bei der Erteilung von Testaten.

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Ein Testat wurde leichtfertig und gewissenlos erteilt, wenn aus dessen Inhalt der Eindruck gewonnen werden muß, der Steuerberater habe die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung festgestellt, obwohl ihm schwerwiegende Mängel bekannt waren und er deshalb die Erstellung einer zuverlässigen Zwischenbilanz für unmöglich hielt.
2. Vorsätzliches Handeln i. S. § 826 BGB verlangt, daß der Steuerberater damit rechnete, die Zwischenbilanz werde zu Kreditverhandlungen und zur Kreditaufnahme benötigt. Es genügt nicht, daß er damit rechnen mußte.
3. Dritte können in den Schutzbereich eines Steuerberatungsvertrages aufgrund der objektiven Interessenlage oder aufgrund konkreter Anhaltspunkte – Parteierklärungen bzw. Parteiverhalten – aufgenommen werden. Hier: Zwischenabschluß sollte als Entscheidungsgrundlage für Dritte – Käufer oder Kreditgeber – dienen.
4. Schutzpflichten zugunsten Dritter setzen voraus, daß sie auf eine überschaubare, klar abgrenzbare Personengruppe beschränkt sind. Hier: Beschränkung auf den Käufer von Geschäftsanteilen bzw. dessen Kreditgeber.
5. Haftungshöchstsummen in Allgemeinen Auftragsbedingungen können Dritten, die in den Schutzbereich des Steuerberatungsvertrages einbezogen sind, entgegengehalten werden.  
Der Schadenersatzanspruch wegen vorsätzlich sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 BGB kann durch Allgemeine Auftragsbedingungen nicht eingeschränkt werden.

### Zum Sachverhalt:

Der Filmregisseur V. wollte von dem Alleingesellschafter der V-GmbH dessen Geschäftsanteile von insgesamt DM 500.000,- erwerben. Zur Unterstützung seines Kreditantrages legte er einen Zwischenabschluß zum 31. Mai 1981 vor, den die beklagte Steuerberatersonzietät erstellt hatte. In der Anlage 4 zum Zwischenabschluß führte der Steuerberater aus:

„Im Rahmen des mir erteilten Auftrages wirkte ich bei der Erstellung des Zwischenabschlusses zum 31. Mai 1981 mit und prüfte die sinngemäße Einhaltung der aktienrechtlichen Vorschriften über den Inhalt des Jahresabschlusses, über die Gliederung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, über die Wertansätze in der Jahresbilanz sowie die Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.“

Er versah den Zwischenabschluß mit folgender Schlußbemerkung:

„Ich erstatte diesen Bericht aufgrund der vorgelegten Bücher und Unterlagen sowie der mir erteilten Auskünfte und gegebenen Nachweise nach bestem Wissen und Gewissen.“

Eine Ausfertigung des Zwischenabschlusses ging an den Geschäftsführer, zwei andere wurden auf dessen Veranlassung dem Filmregisseur V. übersandt.

Die kreditgebende Bank verlangt vom Steuerberater Schadenersatz, da der Zwischenabschluß falsch sei; er weise einen Gewinn aus, obwohl die Gesellschaft zum 31. Mai 1981 einen Verlust von mindestens DM 90.251,20 hätte ausweisen müssen. Für die Kreditgewährung sei der vom Steuerberater testierte Zwischenabschluß entscheidend gewesen. Wäre ihr ein Zwischenabschluß vorgelegt worden, in dem die wirtschaftliche Lage zutreffend dargestellt gewesen sei, so hätte sie den Kredit nicht bewilligt.

### Aus den Gründen:

#### 1. Anspruchsgrund: vorsätzlich sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB

Die Frage, ob die Klage auf die Vorschriften über unerlaubte Handlungen gestützt werden kann, prüft das Berufungsgericht unter dem Gesichtspunkt des § 826 BGB. Es geht zutreffend davon aus, daß auch **ein leichtfertiges und gewissenloses Verhalten einen Sittenverstoß** im Sinne dieser Gesetzesvorschrift darstellen kann. Es verneint jedoch einen Schadenersatzanspruch, weil der Klägerin nicht der Nachweis gelungen sei, daß die Beklagten vorsätzlich gehandelt hätten. Es sei

nicht erwiesen, daß sie gewußt oder zumindest damit gerechnet hätten, daß der von ihnen erstellte Prüfungsbericht vom Kaufinteressenten V. bei Kreditverhandlungen mit Dritten verwendet werden würde. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

Die Frage, ob die Beklagten bei der Erstellung des Zwischenabschlusses und der Erteilung des Testats leichtfertig gehandelt und einen Dritten vorsätzlich geschädigt haben, kann nur dann sachgerecht beantwortet werden, wenn vorher geklärt wird, ob und in welchen Punkten der Zwischenabschluß objektive Fehler enthält (vgl. RGZ 90, 106, 109). Dazu ist folgendes zu bemerken:

Das Berufungsgericht spricht auf Seite 18 seines Urteils von einem **angeblich** falschen Zwischenabschluß. Es meint, daß über die Beanstandungen, die die Klägerin gegen diesen Bericht vorbringt, noch Beweis erhoben werden müßte. Das ist unzutreffend. Die Klägerin hatte bereits in der Klageschrift ausführlich dargelegt, in welchen Punkten ihrer Auffassung nach der Abschluß falsch sein soll; sie hat überdies noch ein Privatgutachten zu dieser Frage vorgelegt und zum Gegenstand ihres Vortrags gemacht. Die von der Klägerin erhobenen Vorwürfe sind schlüssig; wenn sie zutreffen, war das Gutachten geeignet, einen falschen Eindruck von der wirtschaftlichen Lage der V-GmbH zu vermitteln.

Die Beklagten haben sich wie folgt geäußert:

„Es gibt nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß die Beklagten – wenn und soweit in dem Zwischenabschluß überhaupt objektive Fehler enthalten gewesen sein sollten, was bestritten wird – vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hätten. Ich erspare mir zunächst weitere Ausführungen dazu, weil sonst auf das Verhalten der Klägerin näher eingegangen werden müßte.“

Ob damit die Beklagten ihrer prozessualen Erklärungspflicht genügt haben, erscheint zweifelhaft. Hierauf kommt es jedoch nicht entscheidend an; denn das von dem Beklagten zu 2) erteilte Testat ist schon aus einem anderen Grund zu beanstanden. Der Beklagte zu 2) gibt in seinem Testat an, daß der „die sinngemäße Einhaltung der aktienrechtlichen Vorschriften über den Inhalt des Jahresabschlusses, über die Gliederung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, über die Wertansätze in der Jahresbilanz sowie die Einhaltung der Grundsätze der ordnungsmäßigen Buchführung“ geprüft habe.

**Der Leser mußte also aus dem Zwischenabschluß den Eindruck gewinnen, daß der Beklagte zu 2) die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung festgestellt hatte.** Nach dem eigenen Vortrag der Beklagten, den sich die Klägerin zu eigen gemacht hat, wies jedoch die Buchhaltung der V-GmbH schwerwiegende Mängel auf. Trotz der Bemühungen der Beklagten war es nicht möglich gewesen, diese Mängel so zu beheben, daß ein zuverlässiger Zwischenabschluß hätte aufgestellt werden können.

Der Zustand der Buchhaltung der GmbH war für denjenigen, der aufgrund des testierten Zwischenabschlusses eine Entscheidung zu treffen hatte, von ausschlaggebender Bedeutung. Das Fehlen einer ordnungsmäßigen Buchhaltung machte nicht nur die Bilanzsätze fragwürdig; es war dies vielmehr ein Umstand, der für sich allein Zweifel an der sachgerechten Geschäftsführung der Gesellschaft begründen konnte. Auch das konnte bei der Bewertung der Gesellschaft und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine Rolle spielen.

Daraus ergeben sich auch Folgerungen für die subjektive Seite. Wenn den Beklagten bekannt war, daß die Buchhaltung der V-GmbH schwerwiegende Mängel aufwies, und wenn sie aus diesem Grunde **die Aufstellung einer zuverlässigen Zwischenbilanz für unmöglich hielten**, dann war es leichtfertig, wenn sie den Zwischenabschluß zum 31.5.1981 mit ihrem Testat versahen. Soweit sie darin das Vorhandensein einer ordnungsmäßigen Buchhaltung bescheinigten, war ihnen die Unrichtigkeit ihrer Feststellung positiv bekannt; zur Beurteilung der Frage, ob die Bilanzansätze richtig waren, fehlte ihnen eine ausreichende Erkenntnis. Das Oberlandesgericht meint jedoch in Übereinstimmung mit dem Landgericht, daß eine vorsätzliche Schädigung nicht nachgewiesen sei; diese könne nur dann angenommen werden, wenn die Beklagten zumindest damit rechneten, daß ihr leichtfertig falscher Zwischenabschluß an die Klägerin oder zumindest an eine andere Bank gelangen und von dieser zur Grundlage einer Kreditentscheidung gemacht werden würde. Diesen Beweis habe aber die Klägerin nicht erbracht. Diese Feststellung ist nicht rechtsfehlerfrei getroffen; die Vorinstanzen haben mehrere wesentliche Umstände nicht beachtet.

Mit der Schädigung eines Dritten hätten die Beklagten allerdings dann nicht zu rechnen brauchen, wenn der Zwischenabschluß nur zur Belehrung der Mandantin und nicht zum Gebrauch gegenüber Dritten bestimmt gewesen wäre. Das behaupten jedoch nicht einmal die Beklagten. Es wäre auch unverständlich, welchen Zweck in diesem

Fälle überhaupt das Testat gehabt hätte. Als Erkenntnisquelle für den Geschäftsführer der Mandantin, als Grundlage für dessen unternehmerische Entschlüsse war es ungeeignet, da diesem bereits aufgrund der Belehrungen der Beklagten die Unrichtigkeit des Testats bekannt war.

**Für den Vorsatz reicht es aus, wenn die Beklagten es sich vorstellen, der Abschluß könne bei Kreditverhandlungen mit einem Geldgeber verwandt werden und diesen zu einer ihm nachteiligen Disposition veranlassen.** In diesem Zusammenhang rügt die Revision mit Recht, daß das Berufungsgericht bei der Entscheidung der Frage, ob die Beklagten mit einer Weitergabe des Zwischenabschlusses an eine Bank rechneten, allgemeine Erfahrungssätze außer acht gelassen hat. Sie meint, es sei eine Erfahrungstatsache, daß Unternehmerpersönlichkeiten wie V. in der Regel von der Hausbank ein Dispositionskredit in Form einer Kreditlinie zugesagt werde: Geschäfte wie das vorliegende würden nach der Lebenserfahrung regelmäßig teilweise fremdfinanziert.

Dieser Auffassung kann sich der Senat zwar nicht in vollem Umfang anschließen. Es mag Fälle geben, in denen der Käufer eines Unternehmens in der Lage ist, den vereinbarten Kaufpreis aus eigenen Mitteln aufzubringen. Die Regel ist dies allerdings nicht. Es lag daher nahe, daß die Beklagten aufgrund ihrer Berufserfahrung mit der Möglichkeit einer Kreditaufnahme des Käufers zum Zwecke der Finanzierung des Kaufpreises rechneten. Eine andere Beurteilung wäre nur dann angebracht, wenn die Beklagten positive Anhaltspunkte dafür gehabt hätten, daß V. den Erwerb ausschließlich aus eigenen Mitteln finanzieren wollte.

Wenn V. nach den vom Oberlandesgericht übernommenen Feststellungen des Landgerichts den „Eindruck“ erweckt hat, daß es für ihn kein Problem sei, 4 Millionen zur Begleichung der Lieferantenforderungen und für die erforderliche Expansion und weitere Ergänzungsinvestitionen „aufzubringen“, so besagt dies noch nicht, daß er 4 Millionen als Eigenmittel zur Verfügung hatte; es kann auch so zu verstehen sein, daß es ihm ein leichtes sei, sich diese 4 Millionen oder einen Teil im Kreditwege zu beschaffen. Aber selbst wenn der Käufer Eigenmittel in Höhe von 4 Millionen DM zur Verfügung gehabt hätte, hätten diese nicht ausgereicht, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die ihm durch den Kauf entstanden. Er hatte für die Geschäftsanteile 500.000 DM und für die Ablösung des Gesellschafterdarlehens des bisherigen Alleingeschafters M. 1.600.000 DM zu zahlen; die

zusätzlichen Aufwendungen, die dem Käufer entstanden, beliefen sich auf 4 Millionen DM. Selbst wenn also V. tatsächlich 4 Millionen DM zur Verfügung gehabt hätte, wäre eine Kreditaufnahme in Höhe von 2,1 Millionen erforderlich gewesen.

Das Berufungsgericht wird auch nicht außer Betracht lassen dürfen, daß testierte Unternehmensabschlüsse im Geschäftsverkehr zwischen Kreditnehmern und Banken benötigt werden. Die Banken werden vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen angehalten, von den Kreditnehmern **testierte** Jahresabschlüsse zu verlangen (Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, KWG Textsammlung Nr. 4.39); dieses Amt läßt dabei auch Testate von Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten zu (Schreiben des Amts vom 6.8.1965 – I 4 – 2 –, abgedruckt in DStR 1966, 614). Inwieweit diese Praxis den Beklagten bekannt war und inwieweit sie deshalb mit der Möglichkeit einer Vorlage des Abschlusses bei einer Bank rechneten, wird Sache der tatrichterlichen Beurteilung sein.

Zur Annahme eines vorsätzlichen Handelns genügt es allerdings nicht, daß die Beklagten mit einer Kreditaufnahme rechnen **mußten**, das Berufungsgericht hätte jedoch prüfen müssen, ob es angesichts dieser Umstände nicht als erwiesen angesehen werden muß, daß die Beklagten mit dieser Möglichkeit rechneten.

Eine Haftung aus unerlaubter Handlung kommt allerdings nur insoweit in Betracht, als der in Anspruch genommene Beklagte persönlich für den Zwischenabschluß verantwortlich ist. Diese Voraussetzung liegt, soweit bisher ersichtlich, nur hinsichtlich des Beklagten zu 2) vor, der den Zwischenabschluß erstellt und das Testat erteilt hat.

## 2. Anspruchsgrund: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Bank

Das Berufungsgericht nimmt zutreffend an, daß zwischen der aus den Beklagten bestehenden Sozietät und der Firma V.-GmbH (oder dem Geschäftsführer und Alleingesellschafter M.) ein auf Erstellung des Zwischenabschlusses gerichteter Vertrag zustandegekommen sei. Es meint jedoch, daß die Klägerin nicht in den Schutzbereich dieses Vertrages einbezogen gewesen sei. Eine solche Einbeziehung könne nur dann angenommen werden, wenn der Vertragspartner der in Anspruch genommenen Partei eine Schutzpflicht zugunsten des geschädigten Dritten gehabt habe. Zwischen der V.-GmbH (bzw. ihrem Gesellschafter M.) und der Klägerin bestehe ein solches Verhältnis jedoch nicht.



Diese rechtliche Beurteilung steht nicht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Dieser hat zwar in einer Reihe von Entscheidungen die Einbeziehung eines Dritten in den Schutzbereich eines Vertrages davon anhängig gemacht, ob Wohl und Wehe des Dritten dem Vertragspartner des Schutzpflichtigen anvertraut waren (BGHZ 51, 91, 96; 56, 269, 273; 66, 51, 57; Urteile vom 16.10.1963 – VIII ZR 28/62 – NJW 1964, 33, 34; vom 30.9.1969 – VI ZR 254/67 – NJW 1970, 38, 40; vom 15.6.1971 – VI ZR 262/69 – NJW 1971, 1931).

Diese Rechtsprechung darf jedoch nicht dahin verstanden werden, daß mit ihr Grenzen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich eines Vertrages gezogen werden sollten. Vielmehr wollte der Bundesgerichtshof lediglich die Frage entscheiden, unter welchen Voraussetzungen allein aufgrund der objektiven Interessenlage – also ohne einen konkreten Anhaltspunkt in ausdrücklichen Parteierklärungen oder im sonstigen Parteiverhalten – die stillschweigende Vereinbarung einer Schutzpflicht für Dritte anzunehmen ist. Nach § 328 BGB steht es den Vertragsschließenden frei, eine Leistungspflicht zugunsten eines Dritten zu begründen. Der Gestaltungsfreiheit der Parteien sind in dieser Hinsicht keine anderen Grenzen gezogen als die, die für alle Verträge gelten (insbesondere §§ 134, 138 BGB). Das gleiche muß für Schutzpflichten gelten. **Den Vertragsparteien ist es daher unbenommen, eine Schutzpflicht auch zugunsten von solchen Personen zu begründen, die nicht ihrer Fürsorge anvertraut sind.** Ob ein solcher rechtsgeschäftlicher Wille besteht, hat der Tatrichter nach allgemeinen Auslegungsgrundsätzen zu ermitteln (Urteile vom 2.11.1983 – IV a ZR 20/82 – und vom 23.1.1985 – IV a ZR 66/83 – GI 2/84 = WM 1984, 34; 1985, 450).

Im vorliegenden Fall liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß die Vertragsparteien Dritte in den Schutzbereich des Vertrages einbeziehen wollten. Wie bereits oben ausgeführt, kann nicht davon ausgegangen werden, daß der Zwischenabschluß lediglich zur Belehrung des Mandanten der Beklagten dienen sollte; er war vielmehr als Entscheidungsgrundlage für einen Dritten – entweder den Käufer oder einen Kreditgeber – bestimmt. In einem solchen Fall liegt die Annahme nahe, daß der Dritte in den Schutzbereich des Vertrages einbezogen werden sollte. Dem kann im vorliegenden Fall nicht entgegengehalten werden, daß die Interessen des Käufers oder Kreditgebers auf der einen und der Mandantin des Steuerberaters auf der anderen Seite gegenläufig gewesen seien.

Wer bei einer Person, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt (z.B. bei öffentlich bestellten Sachverständigen, Wirtschaftsprüfern, öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, Steuerberatern), ein Gutachten oder eine gutachtliche Äußerung (z.B. ein Wirtschaftsgüter- oder Steuerberaterattest) bestellt, um davon gegenüber einem Dritten Gebrauch zu machen, ist in der Regel daran interessiert, daß die Ausarbeitung die entsprechende Beweiskraft besitzt. Das ist jedoch nur dann gewährleistet, wenn der Verfasser sie objektiv nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und auch dem Dritten gegenüber dafür einsteht.

Die Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich des Vertrages hängt nicht davon ab, ob den Beklagten bekannt war, daß der Zwischenabschluß der Klägerin vorgelegt werden sollte; es genügt vielmehr, wenn den Beklagten erkennbar war, daß die Ausarbeitung entweder für einen Käufer oder einen Kreditgeber (Bank) bestimmt war. Der Bundesgerichtshof hat schon mehrfach eine Schutzpflicht zugunsten eines Dritten in Fällen angenommen, in denen dem Schutzpflichtigen weder die Zahl noch die Namen der zu schützenden Person bekannt war (BGHZ 26, 365, 371; 33, 247, 249; 55, 11, 18; Urteile vom 25.4.1956 – VI ZR 34/55 –, 15.5.1959 – VI ZR 109/58 – und vom 23.6.1965 – VIII ZR 208/63 – NJW 1956, 1193; 1959, 1676; 1965, 1757; ferner Senatsurteil vom 2.11.1983 – IV a ZR 20/82 – GI 2/84 = LM BGB § 328 Nr. 75 = NJW 1984, 355 = WM 1984, 34). Das bedeutet allerdings nicht, daß der Kreis der unter die Schutzpflicht fallenden Personen uferlos ausgeweitet werden dürfte; es ist vielmehr **erforderlich, daß die Schutzpflicht auf eine überschaubare, klar abgrenzbare Personengruppe beschränkt wird**. Es erscheint demnach nicht unzulässig, wenn diejenige Person, der der Zwischenabschluß erkennbar als Entscheidungsgrundlage diene, in den Schutzbereich des Vertrages einbezogen wird; denn in diesem Falle würde sich der Schutzbereich nur auf den Käufer und einen etwaigen Geldgeber des Käufers erstrecken.

3. ....

#### 4. Haftungshöchstsumme in Allgemeinen Auftragsbedingungen

Auch auf die in den Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater vorgesehene Haftungsbegrenzung auf 100.000 DM können sich die Beklagten gegenüber der Klägerin nicht berufen. Die Ansprüche, die der Klägerin möglicherweise aufgrund von § 826 BGB zustehen, können durch vertragliche Abmachungen zwischen den

Beklagten und der V-GmbH oder Herrn M. nicht berührt werden. Soweit die Klägerin geltend macht, daß sie in den Schutzbereich eines zwischen der V-GmbH (oder Herrn M.) und den Beklagten abgeschlossenen Steuerberatungsvertrages einbezogen worden sei, muß sie sich allerdings auch die Bedingungen dieses Vertrages entgegenhalten lassen. Die Beklagten haben jedoch nicht in schlüssiger Weise vorgetragen, daß die genannten Bedingungen wirksam zum Bestandteil dieses Vertrages gemacht worden seien (vgl. § 2 AGBG). Aber selbst wenn dies geschehen sein sollte, wäre die Klägerin nicht gehindert, Ersatz des vollen, ihr entstandenen Schadens geltend zu machen, wenn der Beklagte zu 2) entweder vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben sollte. Im ersteren Fall wäre die Haftungsbegrenzung gemäß § 276 Abs. 2 BGB im letzteren nach § 11 Nr. 7 ABGG unwirksam.

**Anmerkung:**

Umfassende weiterführende Literatur- und Rechtsprechungshinweise finden Sie in GI 1986, S. 162–165.

**Honorarklage**

- Vorzeitige Beendigung des Anwaltsvertrages
- Kündigungsrecht gem. § 627 BGB
- Vereinbarung eines Pauschalhonorars
- Weiterführende Hinweise

(BGH Urt.v. 16.10.1986 – III ZR 67/85 –)

**Leitsätze:**

- a) Bei vorzeitiger Beendigung des Anwaltsvertrages nach § 627 BGB ist ein vereinbartes Pauschalhonorar nach § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB auf den Teil herabzusetzen, der der bisherigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes entspricht.
- b) Eine Herabsetzung der Vergütung nach § 3 Abs. 3 BRAGO kommt erst in Betracht, wenn auch das nach § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB geschuldete (Teil-) Honorar noch unangemessen hoch ist.
- c) Zur Anwendbarkeit des § 13 Abs. 4 BRAGO auf ein vereinbartes Pauschalhonorar.

**Zum Sachverhalt:**

Die Parteien streiten darüber, in welcher Höhe dem Kläger als Rechtsanwalt des Beklagten eine Vergütung zusteht. Die Parteien vereinbarten für die Übernahme der Strafverteidigung ein Honorar für den Beklagten in Höhe von zunächst DM 20.000,- und später DM 40.000,-. Das Mandat wurde wegen angeblich mangelhafter Verteidigung entzogen.

**Aus den Gründen:**

1. Das Berufungsgericht ist ohne Rechtsirrtum von §§ 627, 628 BGB ausgegangen.

Der zwischen den Parteien geschlossene Anwaltsvertrag ist als Dienstvertrag über Dienste höherer Art anzusehen (vgl. BGHZ 54, 106, 107/108; BGHSt 27, 366, 368). Der Beklagte war deshalb berechtigt, den Vertrag mit dem Kläger jederzeit zu kündigen.

Die Rechtsbeziehungen zwischen den Parteien, hier die Frage, in welchem Umfang dem Kläger nach der vorzeitigen Beendigung des Mandats Honoraransprüche gegen den Beklagten zustehen, richten sich alsdann nach § 628 Abs. 1 BGB. Der Kläger kann nicht mehr die volle vereinbarte Vergütung beanspruchen. Das Honorar ist vielmehr auf einen der bisherigen Anwaltstätigkeit entsprechenden Teil herabzusetzen, § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB.

Diese Vorschrift gilt für alle Dienstverhältnisse (vgl. MünchKomm/Schwerdtner § 628 Rn. 1). Ihre Anwendung wird entgegen der Auffassung der Revision nicht durch die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte – BRAGO – ausgeschlossen (vgl. Senatsurteile vom 8.10.1981 – III ZR 190/79 = LM BGB § 611 Nr. 63 = NJW 1982, 437, 438 und vom 7.6.1984 – III ZR 37/83 = LM BGB § 628 Nr. 7 = NJW 1985, 411). Die BRAGO enthält keine abschließende Regelung des Anwaltsvertrages und des darauf beruhenden Honoraranspruchs des Rechtsanwalts. Sie enthält, von hier nicht erheblichen Ausnahmen abgesehen, insbesondere keine Bestimmungen über den Grund des Vergütungsanspruchs. Dessen Voraussetzungen ergeben sich vielmehr aus den Vorschriften des Bürgerlichen Rechts, die durch die in der BRAGO enthaltenen Regelungen, welche die Höhe des Vergütungsanspruchs bemessen, ergänzt werden (vgl. Riedel/Sußbauer/Fraunholz BRAGO 5. Aufl. § 1 Rn. 1; Schumann/Geißinger BRAGGebO 2. Aufl. § 1 Rn. 1, 2; Gerold/Schmidt BRAGO 8. Aufl. Einl. Rn. 3, § 1 Rn. 6; Hartmann Kostengesetze 21. Aufl. BRAGO § 1 Anm. 1 B).

Daß die Parteien im Streitfall die Regelung des § 628 BGB abbedungen und in ihrer Honorarvereinbarung bestimmt hätten, das vereinbarte Honorar sei ohne Rücksicht auf eine vorzeitige Beendigung des Mandats stets voll zahlbar (vgl. dazu BGHSt 27, 366, 370 f.), hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei verneint. Die Revision greift das auch nicht an.

2. Dem Berufungsgericht ist auch darin zu folgen, daß bei einer vorzeitigen Beendigung des Mandats infolge einer Kündigung nach § 627 BGB die Herabsetzung des vereinbarten Honorars nach § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB auf einen der bereits erbrachten Leistung entsprechenden Teil Vorrang hat vor einer Ermäßigung nach § 3 Abs. 3 BRAGO. Nach dieser Vorschrift kann eine vereinbarte Vergütung, die unter Berücksichtigung aller Umstände unangemessen hoch ist, durch das Gericht auf den angemessenen Betrag bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung herabgesetzt werden.

Wie ausgeführt, enthält die BRAGO Sonderbestimmungen, die den Vorschriften des Bürgerlichen Rechts vorgehen, – von hier nicht interessierenden Ausnahmen abgesehen –, nur für die Bemessung der Höhe des Vergütungsanspruchs, nicht aber für den Anspruchsgrund. Fragen, die zum Rechtsgrund des Vergütungsanspruchs gehören, finden daher ihre Regelung in den schuldrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Zum Grund des Anspruchs in diesem Sinne gehört auch die Regelung der Frage, ob und in welchem Umfang dem Rechtsanwalt bei einer vorzeitigen Beendigung des Anwaltsvertrages durch Kündigung gegenüber dem Mandanten eine Vergütung zusteht. Diese gebührenrechtliche Folge der Kündigung ist in § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB dahin geregelt, daß der Anwalt Anspruch auf eine Vergütung hat, die seinen bislang erbrachten Leistungen entspricht. Als Bestimmung, die nach Beendigung des Vertragsverhältnisses die Anspruchsgrundlage für die Vergütung normiert, geht § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB der nur die Höhe der Vergütung betreffende Vorschrift des § 3 Abs. 3 BRAGO vor.

Soweit im Schrifttum die Auffassung vertreten wird, bei vorzeitiger Beendigung des Mandats greife § 3 Abs. 3 BRAGO und daneben § 628 Abs. 1 BGB ein (vgl. Riedel/Sußbauer/Fraunholz aaO § 3 Rn. 37; Schumann/Geißinger aaO § 3 Rn. 44), ist dies zumindest mißverständlich und wird dem unterschiedlichen Regelungsbereich beider Vorschriften nicht hinreichend Rechnung getragen.

Bei vorzeitiger Beendigung des Auftrags ist – ausgehend von dem vereinbarten Honorar und der insgesamt vorgesehenen Tätigkeit – zu bewerten, welcher Anteil des vereinbarten Honorars auf die bereits erbrachte Leistung des Rechtsanwalts entfällt (vgl. Schumann/Geißinger aaO § 3 Rn. 47). Für eine **Herabsetzung der Vergütung nach § 3 Abs. 3 BRAGO** bleibt in diesem Zusammenhang nur dann Raum, wenn auch das nach § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB geschuldete (Teil-) Honorar noch unangemessen hoch ist oder wenn die Parteien, was nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hier nicht der Fall ist, ausdrücklich vereinbart haben, daß auch bei vorzeitiger Vertragsbeendigung das gesamte vereinbarte Honorar zahlbar sein soll (vgl. Pabst MDR 1978, 449; s. aber auch BGHSt 27, 366, 370 f.).

3. Entgegen der Auffassung der Revision ist hier eine Herabsetzung des vereinbarten Honorars nach Maßgabe des § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB nicht durch § 13 Abs. 4 BRAGO ausgeschlossen. Nach dieser Vorschrift ist es auf bereits entstandene Gebühren ohne Einfluß, wenn der Auftrag endet, bevor die Angelegenheit erledigt ist.

§ 13 Abs. 4 BRAGO ist im Streitfall nicht anwendbar, wie das Berufungsgericht ohne Rechtsirrtum angenommen hat. Die Bestimmung gilt nicht für ein vertraglich vereinbartes Pauschalhonorar, das sich wesentlich vom gesetzlichen Tatbestand der Pauschgebühr unterscheidet und – wie hier – für die gesamte Tätigkeit des Rechtsanwalts, für die nach der gesetzlichen Gebührenregelung mehrere einzelne Pauschgebühren erwachsen würden, einen einzigen einheitlichen Honorarbetrag vorsieht (vgl. BGHSt 27, 366, 372; Senatsurteil BGHZ 86, 98, 100).

§ 13 Abs. 4 BRAGO beruht auf den Besonderheiten des anwaltlichen Gebührenrechts. Er ist Ausfluß des Systems der gesetzlichen Verfahrenspauschgebühren, nach dem der Rechtsanwalt für eine Gruppe gleichartiger Tätigkeiten jeweils eine Gebühr enthält, ohne daß es darauf ankommt, wie oft er die betreffende Tätigkeit ausgeführt hat (vgl. BGHSt 27, 366, 371; Riedel/Sußbauer/Fraunholz aaO § 1 Rn. 39, 42; Schumann/Geißinger aaO Einl. Rn. 9). Der Rechtsanwalt hat diese Gebühr bereits mit der ersten Tätigkeit, die die gesetzlichen Voraussetzungen ihres Entstehungstatbestandes erfüllt, in voller Höhe verdient. Er kann sie für weitere gleichartige Tätigkeiten in derselben Angelegenheit nicht ein zweites Mal verlangen (§ 13 Abs. 2 BRAGO). Auch verringert sich die Gebühr nicht, wenn zur Durchführung des Auftrags lediglich eine einmalige Vornahme der die Gebühr begründenden Tätigkeit erforderlich ist.

Auf dieser Grundlage des anwaltlichen Gebührenrechts enthält §13 Abs. 4 BRAGO lediglich die Umsetzung des § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB in das System des Gebührenrechts. Er stellt insoweit klar, daß dem Rechtsanwalt auch bei einer vorzeitigen Beendigung seines Auftrags die bereits verdienten Gebühren in voller Höhe verbleiben, eine Folge, die sich ohnehin auch aus § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB ergibt, da die bereits entstandenen Gebühren die Vergütung für die bisherige Leistung des Rechtsanwalts darstellen (vgl. BGHSt aaO; Pabst MDR 1978, 449; Schumann/Geißinger aaO §13 Rn. 92; Gerold/Schmidt aaO §13 Rn. 46).

§13 Abs. 4 BRAGO ist andererseits, da er nur die bereits entstandenen Gebühren sichert, nicht geeignet, dem Rechtsanwalt einen vertraglichen Vergütungsanspruch in der vollen Höhe dessen zu erhalten, was ihm bei umfassender Durchführung des Auftrags zugestanden hätte. Da der Vergütungsanspruch erst mit der Leistung der vertraglichen Dienste entsteht (vg. Riedel/Sußbauer/Fraunholz aaO §1 Rn. 5) und somit die Höhe des Entgelts davon abhängt, welche Tätigkeiten der Rechtsanwalt tatsächlich ausgeführt hat, kann der Anwalt keine Gebühr verlangen, die er nicht schon durch irgendeine Tätigkeit verdient hat (Gerold/Schmidt aaO §13 Rn. 43). **§13 Abs. 4 BRAGO verhindert nicht, daß die Vergütung des Rechtsanwalts bei vorzeitiger Beendigung des Auftrags geringer ausfällt, als dies bei vollständiger Durchführung der Fall gewesen wäre.**

Ein vereinbartes Pauschalhonorar, das nicht schrittweise mit der Ausführung bestimmter Tätigkeiten anwächst, sondern von vornherein die gesamte Tätigkeit des Rechtsanwalts abgilt, läßt sich deshalb nicht mit den gesetzlichen Gebühren vergleichen. Eine Gleichsetzung des Gesamthonorars mit einer Gebühr, die bereits bei der ersten noch so geringfügigen Tätigkeit des Rechtsanwalts entstanden ist und nach §13 Abs. 4 BRAGO erhalten bleibt, hätte die unbillige Folge, daß der Rechtsanwalt die gesamte, für eine umfassende Tätigkeit vereinbarte Vergütung fordern könnte, auch wenn er nur einen geringen Teil der vereinbarten Leistung erbracht hat (vgl. OLG Köln AnwBl. 1972, 159 = JurBüro 1972, 233). Dies wäre jedoch mit der gesetzlichen Ausgestaltung des Vergütungsanspruchs des Rechtsanwalts, wie er sich aus der Regelung des § 628 BGB und den Vorschriften der BRAGO ergibt, nicht vereinbar.

4. Zur Höhe des dem Kläger zustehenden Honorars hat das Berufungsgericht abgewogen, welchen Umfang die Verteidigung des Beklagten in den beiden Strafverfahren hatte und welchen Teil der erforderlichen

Tätigkeiten der Kläger bis zur Kündigung des Mandats bereits erbracht hatte. Es hat ferner eine Bewertung der Leistungen des Klägers im Rahmen der Gesamtverteidigung vorgenommen und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Leistung des Klägers im ersten Strafverfahren einem Anteil von etwa 1/3 und im zweiten Strafverfahren einem solchen von etwa 1/20 des für die Verteidigung insgesamt erforderlichen Arbeitsaufwandes entspreche, so daß dem Kläger im ersten Fall 6.666,66 DM und im zweiten Fall 1.000,- DM zustünden.

### **Weiterführende Hinweise zu Kündigung des StB-Vertrages und Honoraranspruch:**

Zur Einschränkung des Rechts zur fristlosen Kündigung gem. § 627 Abs. 2 BGB (Kündigung zur Unzeit)

OLG Hamm  
Urt.v. 26.9.1980  
– 25 U 18/80 GI 19/82;  
AG Düsseldorf  
Urt.v. 1.7.1986  
– 36 C 117/86  
GI 1986, 114

Keine Honorarrückzahlung bei mangelhafter Erfüllung eines Dienstvertrages

BGH GI 11/82  
= ZIP 1982, 116  
= DB 1982, 1054

Honorarrückzahlungsanspruch bei Werkvertrag

OLG Köln  
Urt.v. 23.4.1980  
– 2 U 181/79 GI 18/883

Befindet sich der Mandant mit der Annahme der Dienste des Steuerberaters in Verzug, so kann der Steuerberater für die wegen des Verzuges nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Er muß sich lediglich die Ersparnis bei den Bürokosten anrechnen lassen. Der Mandant kommt in Annahmeverzug, wenn er auf schriftliche Aufforderung des Steuerberaters, die Bücher zur Verfügung zu stellen, schweigt, obwohl der Steuerberater die Steuererklärungen zu erstellen hat.

OLG Düsseldorf  
Urt.v. 7.6.1984  
– 18 U 21/84 GI 24/84



Der Steuerberatungsvertrag ist regelmäßig von beiden Vertragspartnern ohne Vorliegen besonderer Kündigungsgründe fristlos gem. § 627 BGB kündbar.

BGHZ 54, 107 f;  
OLG Köln GI 1/85;  
Münchner Kommentar  
– Schwerdtner § 670,  
9; Staudinger-  
Neumann § 627, 12:  
Das Kündigungsrecht  
des Mandanten gem.  
§ 627 BGB kann ver-  
traglich eingeschränkt  
werden.

Im Falle der fristlosen Kündigung gem. § 627 BGB hat der Steuerberater gem. § 628 Abs. 1 BGB nur einen Anspruch auf Teilvergütung.

BGH WM 1970, 1052

Ist eine Kündigungsfrist von 3 Monaten zum Quartalsende vereinbart worden, so steht dem Steuerberater sein Honorar während des Laufs der Kündigungsfrist weiterhin zu, wenn er seine Dienste angeboten, der Mandant sie jedoch nicht angenommen hat.

LG Darmstadt  
StBz 1984, 246

Zum Gerichtsstand einer Honorarklage des Steuerberaters

LG Mönchengladbach  
Urt. v. 11.3.1986 –  
6 O 236/85,  
bestätigt durch  
OLG Düsseldorf  
Urt. v. 9.10.1986 –  
18 U 83/866  
GI 1986, 156

## GI Leitsatz

### Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Beiträge zu einer Praxisgründungs- oder Betriebsunterbrechungsversicherung

Im Rahmen einer längerfristigen Finanzierung von freiberuflichen, insbesondere ärztlichen Praxen werden gelegentlich sog. Praxisgründungsversicherungen abgeschlossen. Diese Versicherungen beinhalten eine Kapitalversicherung auf den Todes- oder Erlebensfall. Die Versicherungssumme wird zur Tilgung eines zur Praxisfinanzierung gewährten Darlehens verwandt; Versicherung und Darlehen haben daher dieselbe Höhe und Laufzeit, laufende Tilgungsraten werden auf das Darlehen

nicht geleistet. Die Versicherung ist kombiniert mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung; für den Fall der Berufsunfähigkeit tritt Beitragsbefreiung ein, und es wird eine Rente gezahlt. Beiträge für eine derartige Versicherung können trotz des Zusammenhangs mit der Praxisfinanzierung nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden, weil die Versicherung nicht unwesentlich die Lebensführung des Versicherungsnehmers berührt (vgl. das zu einer vergleichbaren Fallgestaltung ergangene BFH-Urteil v. 29.10.1985 BStBl. 1986 II, S. 143).

(Rdvfg. der OFD Frankfurt am Main v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20; Wpg 1987, 47).

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–3, 1987)

<b>Allgemeine Geschäftsbedingungen</b>		<b>Honoraranspruch d. StB</b>	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Buchführungsmandat	87, 9
<b>Antrag</b>		– Verjährung	87, 9
– Investitionszulage	87, 20	<b>Konkursverwalter</b> , Haftung des –	
– = zuständiges Finanzamt		– Betriebsfortführung	87, 26 (LS)
<b>Anwaltsvertrag</b>		<b>Literatur- u. Rechtsprechungshinweise</b>	
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	Honoraranspruch	87, 40
<b>Buchführungsauftrag</b>		– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40
– Buchung ohne Beleg	87, 4	– Wiedereinsetzung	87, 23
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	<b>Mitverschulden</b> (§ 254 BGB)	
<b>Dienstvertrag</b>		– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6
– Anwaltsvertrag	87, 36	<b>Notar</b>	
<b>Dritthaftung</b>		– Sachverhaltsermittlung	87, 8
– Haftungsbeschränkung in AGB 87, 34		– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
– sittenwidrige, vorsätzliche	87, 27	<b>Rechtsanwalt</b>	
Schädigung, § 826 BGB		– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12 (LS)
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten	87, 27	<b>Rechtsbeistand</b>	
Dritter		– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)
= Kreditgeberschutz	87, 27	<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>	
= Zwischenabschluß	87, 27	– durch Schuldenregulierung	87, 12 (LS)
<b>Fristenkontrolle</b>		– durch Versicherungsmathematiker/ Rentenbescheid	87, 12 (LS)
– unverschuldetes Säumnis/ Brief an unzuständiges FA	87, 20	– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12 (LS)
<b>Geldstrafe/-buße</b>		– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)
– Schaden	87, 24	<b>Sachverhaltsermittlung</b>	87, 8
<b>Haftungsbeschränkung in AGB</b>		<b>Sachverständiger</b>	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Rechtsberatung durch	87, 12 (LS)
<b>Honoraranspruch d. RA</b>			
– vorzeitige Beendigung des Mandats, 87, 35 § 13 BRAGO			
– Herabsetzung des –, § 3 Abs. III BRAGO	87, 34		
– Pauschalhonorar	87, 34		

<b>Schaden</b>		<b>Unterschlagung</b>	
– Geldbuße	87, 24	– Buchführungsmandat	87, 4
– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24	– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6
<b>Steuerberatungsgesetz</b>		<b>Verjährung</b>	
– § 4 Ziff. 5	87, 13	Honoraranspruch	87, 9
= durch Unternehmensberater		<b>Versicherungsschutz</b>	
= unmittelbarer Zusammenhang	87, 14	– Klagefrist § 12 Abs. III VVG	87, 26 (LS)
– 57		<b>Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter</b>	
= Unabhängigkeit	87, 17	– zugunsten des Kreditgebers	87, 27
= Gebührenerzahlung durch Dritte	87, 17, 19	<b>Vertragsgestaltung</b>	
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
– Kündigung durch Mandanten	87, 35	<b>Vorsatz</b>	
– Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 32	– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
<b>Steuerhinterziehung</b>		<b>Wiedereinsetzung</b>	
– Fortsetzungstag	87, 2	– Fristenkontrolle	87, 20
– Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2	= falsches FA	
– USt-Erstattungsanspruch	87, 2	= Kompensationsverschulden d. Gerichts/FA	87, 20
– Verjährung	87, 2	– Weiterleitung an zuständiges FA/Gericht	87, 20
<b>Testat</b>			
– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	87, 27		
– Sorgfaltspflicht bei Erteilung von –	87, 27		
<b>Unerlaubte Handlung</b>			
– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27		

BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85	87, 2	OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3
= wistra 86, 142			
= Anm. Würthwein wistra 86, 258		OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86	87, 2	LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85	87, 12 (LS)
= wistra 86, 257		= RBeistand 1986, 129	
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86	87, 26 (LS)	LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86	87, 24
= VersR 1987, 39		LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85	87, 12 (LS)
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84	87, 13	= RBeistand 1986, 127	
= WM 1987, 85 = EBE 1987, 36		LAG Hamm v. 13.5.1986 – 11 Sa 2354/85	87, 12 (LS)
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85	87, 18	= RBeistand 1986, 166 m. Anm.	
= WM 1987, 83 = EBE 1987, 40		EG Düsseldorf v. 5.12.1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85	87, 12 (LS)
= EWIR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189 (Michalski)		= RBeistand 1986, 131	
BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85	87, 35	OFD Frankfurt Vfg. v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20; Wpg 1987, 47	87, 41
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7		
BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85	87, 27		
BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86	87, 26 (LS)		
= ZIP 1987, 115			
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 2		

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.